

Herrn / Frau

(Mitglied des Gemeinderates Heidenheim)

«Straße»

«PLZ» «Wohnort»

Offener Brief zum 5G - Ausbau an die Stadträte in Heidenheim

Sehr geehrte/r Frau/Herr «Nachname»,

durch die Corona-Krise sind Sie sicher voll ausgelastet, dennoch gibt es andere wichtige Themen. Uns erfüllt der geplante Mobilfunkausbau mit dem 5G-Standard mit großer Sorge und wir möchten **Sie auf Handlungsmöglichkeiten der Städte und Gemeinde aufmerksam machen**. Wir befürchten gravierende Auswirkungen auf unsere Gesundheit, die Umwelt und die Demokratie.

Vor kurzem haben alle Kommunen eine Aufforderung der Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur (Andreas Scheuer) und Umwelt- und Naturschutz (Svenja Schulze) erhalten, sich für den weiteren Ausbau der Mobilfunkstandards 4G und 5G einzusetzen. Sie fordern: „*Hierbei kommt den Kommunen eine wichtige Aufgabe zu: Sie müssen für die Standortsuche für neue Mobilfunkanlagen mitwirken und letztendlich die geplanten Sendeanlagen vor Ort aktiv unterstützen*“. Unser dringender Wunsch ist: Tun Sie das bitte nicht! Sorgen Sie lieber dafür, dass die Stadt alle Möglichkeiten ausschöpft, ein Moratorium für die Einführung von 5G zu realisieren!

Angesichts der zunehmenden Bedenken in der Gesellschaft und in der Wissenschaft hinsichtlich möglicher gesundheitlicher Risiken des kaum untersuchten Mobilfunkstandards 5G finden wir dieses Vorgehen unangemessen. Es trifft nicht zu, dass bei den Grenzwerten für den Mobilfunk grundsätzlich das Prinzip des vorbeugenden Gesundheitsschutzes angewandt wird. Die Grenzwerte schützen nicht und haben keine medizinische Vorsorgekomponente, das bestätigte sogar die Bundesregierung. Eine ausführliche Auseinandersetzung mit dem Schreiben der Ministerien finden Sie auf der Internetseite der Verbraucherschutzorganisation diagnose:funk.¹

Es ist uns unverständlich, dass die Politik den sog. „5G-Appell“ hunderter Wissenschaftler ignoriert, in dem eindringlich ein Moratorium für 5G gefordert wird, **bis dessen Gesundheitsverträglichkeit durch unabhängige Wissenschaftler nachgewiesen und eine Technikfolgenabschätzung erfolgt ist**. Selbst der wissenschaftliche Dienst des Europäischen Parlamentes stellt in einem aktuellen Briefing fest, dass es viele ernstzunehmende Bedenken aus der Wissenschaft gibt und schließt sich der Forderung nach einem Moratorium, an². Dennoch treibt die Bundesregierung den Ausbau voran. Anders in der Schweiz und Slowenien: Der Schweizer Bundesrat hat bereits reagiert

¹ <https://www.diagnose-funk.org/publikationen/artikel/detail&newsid=1555>

² Eine Zusammenfassung legen wir diesem Schreiben bei. Das komplette Briefing kann abgerufen werden bei www.diagnose-funk.org unter Publikationen / Brennpunkte

und nimmt die Sorgen einer stetig steigenden Anzahl BürgerInnen und Bürger ernst. Er lässt 5G überprüfen und lehnt eine Erhöhung der Anlagengrenzwerte ab, auf die die Mobilfunkbetreiber und viele Parlamentarier drängen.³ Die Regierung von Slowenien hat im März die Einführung von 5G wegen Gesundheits- und Umweltbedenken gestoppt.

Die große Sorge, wir würden die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft ohne 5G gefährden, ist unbegründet. Auch wir verschließen uns keineswegs der Zukunft und möchten die Chancen einer zeitgemäßen Digitalisierung nutzen. Aber dazu brauchen wir wirklich kein 5G. Schon heute, mit der bisherigen Technik, leiden viele Menschen an den Auswirkungen der elektromagnetischen Felder, wie beispielsweise die Südwestpresse (incl. Heidenheimer Zeitung) am 30. April in einem ganzseitigen Artikel berichtete. Und wir wissen nicht, ob die steigende Zahl von Depressionen, Burn-Out und anderen psychosomatischen Erkrankungen nicht doch im Zusammenhang mit dem in den letzten Jahren stark gestiegenen „Elektro-Smog“ im Zusammenhang steht.

Das Schulze-Scheuer-Schreiben gibt einen wichtigen Hinweis, wie die Kommunen ihre Verantwortung für Gesundheit, Ökologie und Demokratie in die Hand nehmen können:

*„Der Ausbau von 4G und der Aufbau von 5G wird durch die Netzbetreiber in enger Abstimmung mit den Kommunen auf Grundlage der „Vereinbarung über den Informationsaustausch und die Beteiligung der Kommunen beim Ausbau des Mobilfunknetzes“ erfolgen. Auf Grundlage dieser „Mobilfunkvereinbarung“ wird den Kommunen ein **Mitspracherecht bei der Auswahl von Mobilfunkstandorten im Stadt-/Gemeindegebiet** eingeräumt. So haben sich die Betreiber **verpflichtet**,*

- die Kommunen über ihre **Pläne zum Netzausbau detailliert zu unterrichten** und alle in Frage kommenden Standorte zu benennen.
- Die Kommunen haben wiederum das **Recht, alternative Standorte vorzuschlagen** und es steht ihnen bei neuen Funkanlagen überdies ein **Stellungnahme- und Erörterungsrecht** zu.
- Die Ergebnisse dieser Beteiligung **muss** der Netzbetreiber berücksichtigen.
- Es wird erwartet, dass Netzbetreiber auch die **Bürgerinnen und Bürger** informieren und den konstruktiven Dialog suchen ...
- Die Kommunen werden von den Netzbetreibern bei der Auswahl eines neuen Standortes in jedem Fall um **Stellungnahme gebeten**.“

Die Gemeinderäte können **Mobilfunkvorsorgekonzepte** mit der **Priorität Gesundheit** beschließen und die Zusicherung des Schulze-Scheuer-Papiers verwirklichen:

„Die Ergebnisse dieser Beteiligung müssen die Mobilfunkunternehmen berücksichtigen.“⁴

Auch ein Moratorium für 5G kann Ergebnis der Entscheidung in kommunaler Selbstverwaltung sein. Angesichts der Studienlage bitten wir Sie dringend, im Sinne der Vorsorge zu handeln und für unsere Gemeinde einen solchen Beschluss herbeizuführen, wie dies in Brüssel, Genf, Florenz, in Südtirol und auch in einigen Gemeinden in Deutschland bereits erfolgt ist. Auf Antrag der CDU-Fraktion hat z. B. der Gemeinderat von **Schorndorf** am 13. Februar beschlossen: *„Funkmasten, an denen 5G Antennen angebracht werden sollen, sind nicht zulässig. Im Februar 2022 entscheidet der Gemeinderat neu, ob das Moratorium aufgehoben wird.“* Der Gemeinderat von **Bad Wiessee** beschloss einstimmig, einem ungeprüften Ausbau des 5G-Netzes kritisch gegenüberzustehen.

Es ist höchsttrichterlich bestätigt, dass die Stadt unter der Vorgabe der Minimierung/Vorsorge in die Wahl und Auslegung von Mobilfunksenderstandorten steuernd eingreifen kann. Zur Umsetzung ist ein Beschluss notwendig, der besagt, dass die Stadt Vorsorgemaßnahmen ergreifen will.

³ S. Pressemitteilung des Bundesrates: <https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/elektrosmog/mitteilungen.msg-id-78857.html>, auch <https://www.diagnose-funk.org/publikationen/artikel/detail&newsid=1556>

⁴ Zitat aus den FAQ zum Brief der beiden Ministerien

Vorsorge ist geboten, denn Europaparlament, Europarat, Europäische Umweltagentur, Verbände und Wissenschaftlervereinigungen rufen dazu auf.⁵

Zu den direkten Wirkungen auf uns Menschen kommen gravierende ökologischen Folgen:

- Es ist zu befürchten, „dass viele Organismen viel stärker betroffen sein werden als wir Menschen. Dazu zählen Insekten, andere Gliederfüßer, Vögel, kleine Säugetiere und Amphibien. Aber auch Pflanzen sowie große Bäume zählen dazu, denn die Blätter und Fortpflanzungsorgane der Bäume werden stark exponiert. Ich sage voraus, dass es infolge von 5G zu großen Umweltkatastrophen kommen wird. Dazu zählen auch große Flächenbrände, da Pflanzen durch die Exposition gegenüber elektromagnetischen Feldern viel leichter entflammbar sind.“⁶
- Der Verbrauch von Primärenergie durch neue Rechner, Basisstationen und Milliarden neuer Endgeräte für 5G steigt sprunghaft an. Selbst die Energieversorger weisen mit Sorge darauf hin. „Nach einer Studie für den Stromversorger E.on wird der ohnehin stark wachsende Energiebedarf der Rechenzentren durch 5G ab sofort bis 2025 um 3,8 Milliarden Kilowattstunden steigen. Das wäre der Studie zufolge genug Strom, um alle Einwohner der NRW-Großstädte Köln, Düsseldorf und Dortmund ein Jahr lang zu versorgen.“⁷
- Die Superrechner, die für 5G zusätzlich benötigt werden, heizen die Atmosphäre enorm auf. Schon jetzt stehen die größten Rechner in Norwegen wegen der Kühlung und beschleunigen die Gletscherschmelze. Der CO₂ Ausstoß ist gewaltig.
- Da Bäume bis zu 70% der Strahlung absorbieren, müssen sie in Innenstädten und entlang der Autobahnen und Schienen für das selbstfahrende Auto gefällt werden.

Außerdem wird durch 5G eine gigantische Datensammel- und Überwachungsstruktur möglich für den Umbau aller Städte und Regionen zu SmartCities. Die Bundesregierung selbst schreibt in ihrer Smart-City-Charta „Post-Voting Society. Da wir genau wissen, was Leute tun und möchten, gibt es weniger Bedarf an Wahlen, Mehrheitsfindungen oder Abstimmungen.“⁸

Derzeit versuchen verschiedene Interessengruppen einen Zusammenhang dahingehend herzustellen, dass die digitalen Herausforderungen der Corona-Krise mit 5G besser zu bewältigen seien. Auch die Minister Scheuer und Schulze blasen in ihrem Schreiben in dieses Horn: „Die beispiellose Corona-Krise ...“ Das stimmt nicht. Für die dazu erforderliche Netze genügen Glasfaser und die bestehenden mobilfunktechnischen Möglichkeiten vollkommen.

Besonders machen wir uns Sorgen um die offensichtlich immer größer werdende Gruppe der elektrohypersensiblen Menschen. Diese benötigen für ihr Wohlergehen unbedingt funkfremde Gebiete, die es zu erhalten und zu schaffen gilt.

Wir haben die Befürchtung, dass die Netzbetreiber im Schatten der Corona-Krise den LTE- und 5G-Ausbau forcieren und selbst die wenigen von der Politik auferlegten Beschränkungen in den Wind schlagen. Uns ist bewusst, dass Sie im Gemeinderat mit den Folgen der Corona-Krise zu kämpfen

⁵ Näheres kann dem anliegenden Merkblatt „Mobilfunkvorsorge in der Kommunalpolitik“ entnommen werden. (download unter <https://www.diagnose-funk.org/publikationen/artikel/detail?newsid=1503>). Demnächst wird dort ein ausführlicher Ratgeber zum Thema erscheinen.

⁶ Martin L. Pall, 2019: 5G als ernste globale Herausforderung. Schriftenreihe der Kompetenzinitiative zum Schutz von Mensch, Umwelt und Demokratie e.V. Zu beziehen, auch als Download, bei <https://shop.diagnose-funk.org/Broschueren-Kompetenzinitiative>

⁷ Die Zeit, 10.12.2019

⁸ Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) und Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), 2017: Smart-City-Charta, im Internet: <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/Sonderveroeffentlichungen/2017/smart-city-charta-dl.pdf?blob=publicationFile&v=2>

haben und sich kaum um andere Themen werden kümmern können. Aber gerade deswegen ist es uns umso wichtiger, genau in dieser Zeit auf die Gefahren aufmerksam zu machen.

Wie Sie vielleicht wissen, haben wir bereits die Sammlung von Unterschriften **zur Einberufung einer Einwohnerversammlung** zu 5G gestartet. Durch die Einschränkungen der Versammlungsfreiheit liegt diese natürlich auf Eis. Wir werden sie jedoch fortsetzen, sobald die epidemiologische Lage das wieder zulässt. Wie wäre es denn, wenn der Gemeinderat von sich aus zu gegebener Zeit eine Einwohnerversammlung einberuft und darüber diskutiert, wie die Stadt sich zu dem Schreiben von Herrn Scheuer und Frau Schulze verhalten soll? Die Stadt würde damit zeigen, dass sie ein offenes Ohr für die Sorgen der Bürger hat.

Wir freuen uns auf Ihre Antwort per E-Mail an kontakt@aufklaerung5g-heidenheim.de oder per Post (s.o.) und stehen gern für Gespräche zur Verfügung. Gern senden wir Ihnen den Brief mit allen Links auch als pdf zu.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Klaus Peinelt-Jordan *Linda Mosch*
für **Aufklärung 5G Heidenheim**